Theodor Heuss, „Demokratie und Parlamentarismus, ihre Geschichte, ihre Gegner und ihre Zukunft“ (1928)

Kurzbeschreibung

In der Zwischenkriegszeit etablierte sich europaweit eine ganze Reihe von diktatorisch regierten Staaten; besonders aufmerksam wurden international die Entwicklungen im seit Oktober 1922 faschistisch regierten Italien und im kommunistischen Russland (ab Dezember 1922: Sowjetunion) verfolgt. Der Liberale Theodor Heuss wendet sich in seinem hier auszugsweise wiedergegebenen Aufsatz gegen die gefährliche Attraktivität radikaler Ideologien sowohl des linken als auch des rechten Flügels und verteidigt dagegen Demokratie und Parlamentarismus. Dabei kritisiert er die ständestaatliche Ideologie als unrealistische Vereinfachung der komplexen modernen Gesellschaft; auch bringe eine berufsständische Ordnung die Gefahr mit sich, den Staat zum „Kampfplatz der Interessenten“ zu machen. Bezüglich des Faschismus und des Bolschewismus sieht Heuss gemeinsame ideengeschichtliche Wurzeln im Anarchismus (daher der Verweis auf Michail Bakunin) und im französischen Syndikalismus; die Fähigkeit zur „Herausstellung einer klaren Staatsidee“ spricht er den antidemokratischen Ideologien ab. Gleichzeitig verweist Heuss auf die Entstehung des nationalstaatlichen Gedankens aus der Demokratie

Quelle

Demokratie und Parlamentarismus sind keine Heilsverkündigungen und keine absoluten Rezepte gegen die Krankheiten dieser Welt; es sind geschichtliche Formen der staatlichen Willensbildung, historisch bedingt, wesentlich durch die pädagogischen Kräfte der Selbstverantwortung, die ihnen eigentümlich. Sie haben es sich gefallen lassen müssen, in ihrer theoretischen und in ihrer historischen Position angegriffen zu werden. Der Standpunkt des Angriffs ist wechselnd. Eigentümlich ist nur der Mehrzahl vor allem der grundsätzlichen Erörterungen, daß sie feststellen, die Demokratie sei ein Kind des „westlichen Rationalismus“, dessen Zeit vorbei; sie setzen ihm, der zeitgebundenen Geistesform, den Anspruch einer absoluten Wertung gegenüber und übersehen, daß jeder Schritt weiter, da die Wortträger ihre theoretischen Gegenthesen in Forderungen überleiten wollen, handle es sich um die berufsständische Ideologie oder um die faszistische oder sonst eine Rettungsform, sie in ein Gestrüpp typisch rationalistischer Prägungen führt.

In Deutschland hat man sich dabei in ein paar Schlagworte verliebt. Die Demokratie „atomisiere“ das Volk, indem sie den einzelnen als Urwähler, gelöst von Stand und Herkommen, zum politischen Faktor mache. Dieser homo politicus, am Wahl- oder Stimmtag für souverän erklärt, sei eine Fiktion; der Mensch sei nicht Staatsbürger an sich, sondern Mitglied einer mannigfach gestuften Gesellschaft, die nun aus Doktrin eingeebnet werde. Und so fort. Weimar habe nur Fremdes kopiert; die Zersetzung des deutschen Geistes sei schon so stark gewesen, daß man nicht auf die in der deutschen Geschichte doch vorhandenen Grundelemente ständischer Schichtung und Rechtsformung zurückgegriffen habe. Mit diesem Beschwören deutscher Staatseigentümlichkeit ist eine Zeitlang viel Unfug getrieben worden. Die ständische Gliederung – wir müssen einen öfters vorgetragenen Gedankengang wiederholen – ist niemals, wie es eine romantische Legende will, eine dem deutschen Wesen besondere Eigentümlichkeit gewesen, sondern gehörte einer Epoche; sie ist nicht durch den „nivellierenden“ Rationalismus der demokratischen Denkweise eingeebnet, sondern durch den bürokratisch bedienten, absolutistischen Territorialstaat niedergebrochen worden. Und der Versuch ihrer theoretischen Neubelebung und Transponierung in das Wesen eines neuen „Berufsständetums“ entstammt auch nicht spezifisch deutscher Geistesarbeit – ihr erster klassischer Vertreter war der Genfer Ghismondi, der zur

französischen Welt rechnet. Man erinnert sich, daß diese Idee politische Bedeutung bekam, als sie, in einem seltsamen Hin und Her der Motive, dazu diente, dem Rätegedanken die politischen Schößlinge abzuschneiden: man hat ihm damals die wirtschaftspolitische Berufsideologie aufokuliert. Die Gärtner und Botaniker sind sich noch nicht ganz klar, ob der Baum nun im Gewächshaus des Reichswirtschaftsrats nahrhafte Früchte tragen wird. Doch das mag hier auf sich beruhen.

Der Schwerpunkt liegt nach wie vor auf der ideenpolitischen Seite. Die Parteien sind auf Überzeugung und Werbung beruhende Kampforgane der Gesellschaft, mit fließenden Grenzen, in ihrer Macht wechselnden Konjunkturen unterworfen, durch rein taktische, nicht aus der Sache selber hervortretende Tendenzen oft genug bestimmt, ein Element des Labilen. Würde nicht Gesetzgebung und Gewaltenzuteilung stabiler sein, wenn das öffentliche Wesen auf den gegliederten Berufsgruppen ruhte? Dann gäbe es keine Demagogie mehr, die zur Sachkenntnis nicht verpflichtet ist, dann würden nicht die „Berufspolitiker“ Entscheidungen treffen, von denen sie selber sehr wenig, aber „die Wirtschaft“ sehr empfindlich berührt wird; statt des machtpolitischen Niederstimmens oder Kompromisse-Suchens ergibt sich eine Synthese der sachlichen Übereinstimmung. Und in solcher Ordnung, da jeder in dem ihm gemäßen, zugewiesenen, eigentümlichen Kreise gleich ist, verwirklicht sich hier die „wahre Demokratie“. Die Darstellung des gestuften Berufsstaates gehört zu den rührenden Vereinfachungen spekulativen Denkens – aber ist das nicht eine Verkennung? Steckt hinter dem Ideengang nicht ein sehr realistischer Bestand von Wirtschaftsorganisationen, Verbänden, Bünden, Gewerkschaften, handelt es sich nicht bloß darum, eine gegebene Macht- und Interessenlage zu legitimisieren, daß sie das Gerüst des Staates werde?

Gewiß, diese Machttatsachen sind vorhanden; aber eben weil es sich um Macht dreht, zerbricht das Bild, auf dem die Ordnung und das Verfahren so sauber gezeichnet sind. Es gibt gar nicht den Schlüssel, der die Wirtschaftsgruppen in einem gemäßen Ziffernverhältnis ausdrücken könnte. Und heute sieht fast jedermann ein, daß „Sachverständiger“ in den meisten Fällen eine liebenswürdige Umschreibung für „Interessent“ ist – damit soll gar nichts gegen diesen und sein Recht gesagt sein, sondern nur gegen die Verkennung des Staates, ihn zum Kampfplatz der Interessenten zu erklären. Man stelle sich nur einen Augenblick eine Außen- und eine Kulturpolitik vor, die auf solcher Basis der staatlichen Ordnung getrieben werden sollte – sie müßte zerrieben werden. Wir wollen gar nicht von der soziologischen Kompliziertheit des heutigen Gesellschaftsbaues reden, von der auch bei solcher Lösung unentrinnbaren Tatsache, daß sie einen neuen, völlig abhängigen Typus von „Berufspolitikern“ erzeugen müßte. Die Konstruktion übersieht, daß das politische Leben nun nicht in einer Statik der Berufe eingeordnet ruht, sondern in der Dynamik eines vielfältigen, bunten, wechselnden, auch widerspruchsvollen Willens schwingt.

Aus einer anderen Ecke kam und kommt der rein politisch formierte Widerstand gegen die Ideen- und Tatsachenwelt der Demokratie. Er wendet sich gegen das „Recht“ der Mehrheit; geschichtliche Entscheidungen sind immer nur, das ist der ideologische Ausgang, das Werk von Minderheiten gewesen, die wußten, was sie wollten, die nicht redeten, überredeten, verhandelten und abstimmten, sondern taten, was sie für recht und notwendig hielten. Dieser Betrachtung sind Demokratie und Parlament entweder Sentimentalitäten oder Fälschungen, die durch den Erfolg des anderen Wegs in Unrecht zu setzen erlaubt sein muß. Was heißt überdies: erlaubt? Die moralische Rückfrage ist vielleicht Sache des kommentierenden Publizisten, des räsonnierenden Historikers, aber keine Sache des Handelnden. Wenn der es auch für ein technisches Erfordernis halten mag, moralische Flaggenzeichen emporwimpeln zu lassen!

Man mag die Verkörperung dieser Denkart sowohl im russischen Bolschewismus, als im italienischen Faszismus finden. Auf deren geistesgeschichtlichen Zusammenhang ist ja öfters hingewiesen worden: ihre Spuren weisen zurück auf Marxens Gegenspieler in der ersten Internationale, auf Michael Bakunin, auf die „jurassische Bewegung“, auf die Spielart des antiparlamentarischen französischen Syndikalismus, der aus der „action directe", dem nichtparlamentarischen Verfahren des proletarischen

Klassenkampfes, ein Lehrsystem gemacht hat. Die historische Sonderlage, die Wesensart der entscheidenden Männer, läßt die Erben als die Exponenten entgegengesetzter Staats- und Wirtschaftsgesinnung erscheinen; sie sind das auch in gewissem Sinn geworden, aber man darf bei ihrer Würdigung die gemeinsame Quelle ihrer Grundanschauung nicht völlig vernachlässigen. Ob es sich um Lenin handle oder um Mussolini, so ist die politische Leistung in ihrer Einmaligkeit bedeutend genug – aber die theoretische Begleitmusik, die sie machten oder machen ließen, dürftig genug. Die propagandistisch glänzend aufgemachte Lenin-Legende mag dem Taktiker gerecht werden – sein theoretisches Schrifttum ist mehr gewandt als tief, und die Mitteilung Mussolinis, daß er eine neue Staatsidee verkörpere, nur eben rednerisches Blinklicht, das er auf seinen Weg wirft, das aber ins Wesenlose irrt, wo es nicht eben auf die Sonderlage trifft, die er im gegenwärtigen Italien geschaffen.

Die „Diktatur des Proletariats“ bleibt geistig eine künstliche Konstruktion, die über den Herrschaftsbetrieb einer Parteimaschine gelegt ist, um sie zu maskieren; aber die Konstruktion ist zu durchsichtig und die Fragestellung nimmt bald die richtige Wendung: wer hat die Diktatur über das Proletariat? Das ist dann keine theoretische Angelegenheit mehr, sondern eine persönliche: wie weit Intellekt, Wille, Suggestionskraft und die Verfügung über einen militärischen Apparat als Ersatz für die Legitimität eines dynastischen Absolutismus gelten mögen. Aus Cäsar und Napoleon eine systematische Anweisung für Staatsbau und Staatslenkung machen zu wollen, ist höchstes Mißverständnis der Geschichte und der Politik; die mißglückten Napoleone, die in den Winkeln der nachrevolutionären Jahre gespenstern und langsam verstauben, sind peinliche Beweisstücke. Der Staat darf ganz gewiß nicht verkennen, was aus der Romantik der Illegitimität an Gefahren entstehen kann – wir haben ja manche Proben hinter uns. Er wird auch nicht übersehen, wie sehr die geistige Leugnung der inneren Verbindlichkeit seiner auf Mehrheit ruhenden Gesetze und Ordnungen dem notwendigen Zuwachs an freiem und sicherem Staatsgefühl abträglich ist. Das ist Sorge der Politik und der Erziehung. Aber die grundsatzmäßige Antithese zu seiner demokratischen Existenz ist schal geworden, es ist ihr die Herausstellung einer klaren Staatsidee verbindlichen Charakters nicht gelungen. Von den Fehlern und Mängeln einer schwierigen, unromantischen und illusionslosen Politik allein kann sie sich nicht zu eigener Kraft sättigen.

Als die Demokratie in die Geschichte dieser Epoche eintrat, meldete sie, mit der Fiktion des „natürlichen“ Rechts, den Anspruch der Beherrschten auf Teilnahme an der Herrschaftsübung, auf deren Besitz. Die Problematik der inneren Staatsgestaltung schien ihr wesentliches Thema zu sein. Der Gang der Dinge hat das Schwergewicht bald genug verschoben. Nun heischte nicht mehr die Sicherung von menschlichen Individualrechten, die summiert ein Kolletivrecht ergeben würden, eine Antwort, sondern die Kollektivität stellte sich selber als ein größeres und umfassendes Individualrecht dar: in den Kämpfen der Demokratie um ihre staatliche Geltung wurde die politische Nation geboren. Sie ist ohne die Demokratie schlechthin undenkbar. Volk, Völker hat es immer gegeben, aber die Demokratie hat ihnen den Mund geöffnet, daß sie das Wesen ihres politischen Bewußtseins finden und formen konnten. Der Gedanke des Nationalstaates wuchs aus ihr hervor – er war das große Leitmotiv der europäischen Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts.

Die Erkenntnis dieses Zusammenhangs hat sich, wenn freilich nur zögernd, in den letzten Jahren auch bei denen durchgesetzt, die die Demokratie ablehnen, das Nationale aber in betontem Sinn vertreten wollen. Sie haben in ihrer Verlegenheit den Ausweg gefunden: daß die Demokratie mit dieser Konsequenz wohl für die geschlossenen Siedlungsgebiete des europäischen Westens „passen“ möge, aber nicht für die mittleren und östlichen Bezirke. Ja nun: als ob eine geistige Idee und ein moralischer Anspruch, wenn sie in die Völker fahren, sich vorher erkundigen, ob sie auch für einander passen? Die Zertrümmerung des osmanischen, des habsburgischen Staates sind die Wirkungen dieses geistig-politischen Prozesses. Aber die Pariser Friedensschlüsse von 1919 haben ihm eine Ruhelage nicht gegeben, sondern die Spannungen verewigt, indem sie unter der agitatorischen Beschwörung demokratischer Ideologie demokratische Voraussetzungen verweigerten oder vernichteten.

Es ist vollkommen unerheblich, daß jemand für „Paneuropa“ schwärmt oder sonstige marktgängige Rezepte für die Rettung der Welt in Reserve hat, mit Weltparlamenten und ähnlichen Zurichtungen, sofern er diese Zusammenhänge übersieht. Die Demokratie ist weder pazifistisch noch militaristisch aus ihrem Grundwesen heraus; sie kann beides sein, ihre geistige Haltung wird davon bestimmt werden, in welchem Spannungsverhältnis, in welcher Übereinstimmung volkhaftes Leben und staatliche Struktur stehen. Die Demokratie hat das Nebeneinander der Völker nicht verniedlicht, verharmlost und wohlmeinend befriedet, sondern sie hat in ihnen die Dämonie ihres Selbstbewußtseins geweckt. Das eben macht ja die Politik auf einem gedrängt besiedelten Kontinent mit ihren unendlichen Wechselwirkungen so verworren, gefährlich und verantwortungsvoll. Doch der Zusammenhang darf nur angedeutet werden; ihn weiter zu verfolgen, geht über das Ziel hinaus, das dieser Arbeit gestellt wurde.

Quelle: Theodor Heuss, „Demokratie und Parlamentarismus: ihre Geschichte, ihre Gegner und ihre Zukunft,“ in *Zehn Jahre deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik*, Hrsg. Anton Erkelenz. Berlin: Sieben-Stäbe Verlag, 1928, S. 98–117.

Empfohlene Zitation: Theodor Heuss, „Demokratie und Parlamentarismus, ihre Geschichte, ihre Gegner und ihre Zukunft“ (1928), veröffentlicht in: German History in Documents and Images, <https://germanhistorydocs.org/de/die-weimarer-republik-1918-1933/ghdi:document-3837> [07.10.2026].